

Kann die Schülermitverwaltung die Interessen der Schüler vertreten?

I.

Kann die SMV die Interessen der Schüler vertreten? - Diese Frage fällt von vornherein negativ aus. Ebenso wird die Frage von Lehrern wie angepaßten Schülern verneint, ob die Schüler überhaupt spezifische Schulinteressen haben. Dann das Ziel der Schulzeit ist, erfolgreich zu sein, über die Runden zu kommen, einen guten Abschluß zu machen, Jahr für Jahr das Ziel der Klasse zu erreichen.

Dennoch sind Interessenkonflikte vorhanden: Da werden Flugblätter verboten, SMV-Post kontrolliert, Schülerzeitungsartikel gestrichen ...

Die SMV löst diese Konflikte nicht. Oft ist es sogar so, daß die SMV als Puffer - nicht als Repräsentant - zwischen Lehrern und Schülern funktioniert. Sie vertritt dann nicht die Schüler, sondern besänftigt die Schüler, indem sie z.B. versucht, den Schülern die Maßnahmen der Pädagogen nahezubringen und zu erklären.

Um die Jahrhundertwende wurden die Gedanken der "self-governments" in Deutschland übernommen. Dieser Gedanke wurde weniger inhaltlich als äußerlich übernommen, dachte mehr an die Beschaffung von Kreide und Schwamm. Immerhin schlug der Münchener Stadtschulrat Kerschensztein die Einführung von Arbeitsgemeinschaften vor. Viel mehr ist aus den Plänen Kerschenszteiners, die jetzt 50 Jahre alt sind, nicht geworden. Eine Ausnahme ist das Landerziehungsheim Wickersdorf, das sich eine demokratische Ordnung gab. So waren z.B. für die Lehrer Intimsphäre und Privatleben der Schüler tabu. Kritik am Unterricht war nicht nur erlaubt sondern erwünscht. Fühlte sich einmal ein Schüler von einem Lehrer ungerecht behandelt, so mußte sich der Lehrer vor der Schulgemeinde, die aus Schülern und Lehrern bestand, rechtfertigen. Die Schulgemeinde tagte periodisch, jeder durfte jeden, und es galt gleiches Stimmenrecht.

Der zeitweilige Direktor Wynecker schrieb in "Die Schulgemeinde": "Das allg. übliche Belügen der Lehrer und die mancherlei Täuschungsmethoden zur Herstellung der Arbeit usw. sind durch das System der Schule einfach erzwungen, durch Überbürdung einerseits und durch die polizeimäßige Haltung der Lehrer und ihr Zensurenwesen andererseits."

In der Weimarer Republik wurden fortschrittliche Erlasse der Kultusminister von den meisten Lehrern sabotiert. Unter Hitler nahm man dann den Schülern noch die wenigen Rechte, die sie sich bis dahin vereinzelt erkämpft hatten.

1949 gab es dann ja den Neuaufbau. Der Einsatz der Schüler wurde gewürdigt, da er erwünscht war; schließlich lag es im Interesse der Pädagogen, daß die Erziehungsinstitute wiederhergestellt würden. So gab es dann auch keine Gemeinschaft aus Lehrenden und Lernenden. So heißt es z.B. in einer Verordnung des niedersächsischen Kultusministeriums:

"Die Schüler sorgen mit für unterernährte, kränkliche oder durch Ausbombung in Not geratene Kinder." Oder: Die Schüler helfen bei der Beschaffung und Einholung von Heizmaterial." Man übertrug den Schülern also Pflichten, ohne geneigt zu sein, demokratischen Grundsätzen zu folgen und den Schülern auch Rechte einzuräumen.

Mit der Zeit verloren die Schüler das Interesse an der StV. Jetzt waren es die Pädagogen, die dieses lauthals beklagten. Ein Beamter der Schulverwaltung: "Der Begriff der Gemeinschaft muß positiv gesehen werden, und den Schülern muß klar werden, daß Politik nichts Schlechtes ist, sondern das freiwillige Dienen für die Gemeinschaft und das Gemeinwohl. Politik ist alles. Schulordnung, pünktliches Erscheinen der Lehrer ebenso wie Schluckimpfung. Wer nicht mitmacht, schadet der Gemeinschaft."

Hier wird die demokratische Erziehung angepriesen, die den unpolitischen Schüler produziert. Ordnung und Anpassung gelten als Tugenden, Interessen sind gegen das Allgemeinwohl.

Die Erlasse der Kultusministerien zeigen auch weiterhin - verbrämt und bemäntelt - daß man nicht bereit ist, aus Pflichten auch Rechte abzuleiten, d.h. demokratisch zu werden.

Springers "Welt" spricht es am 13. Mai 1967 aus: "Demokratie ist zuerst für Erwachsene da" - so einfach ist das!

Ähnlich ist der Standpunkt der Kultusminister. Im Hessischen Schulverwaltungsgesetz findet man: "Die Schülermitverwaltung soll nicht eine Art Schülergewerkschaft sein." -

"Streikende und demonstrierende Schüler stellen sich außerhalb der Schülergemeinschaft." - "Der Presse und dem Rundfunk dürfen Informationen nur mit Genehmigung des Schulleiters gegeben werden."

Natürlich versucht man einzureden, die Einschränkung der Grundrechte diene "positiven" Zielen. Zu den "positiven" Zielen gehören die "Einhaltung der Schulordnung", "die Achtung vor den Lehrern."

Die Kultusminister kommen im November 1963 zu dem Ergebnis, daß die Schüler in Arbeitsgemeinschaften oder auch in einem Sozialpraktikum wie Rotes Kreuz oder Osthilfeaktion tätig werden können.

Die Zitate ähneln sich. In den einzelnen Bundesländern gibt es kaum Unterschiede. Überall soll die Sprache den wahren Tatbestand verschleiern. Schon der Begriff SMV ist eine Lüge, ein altes, aber verfallenes Trick: Man bezeichnet die formale Mitwirkung einer rechtlosen Gruppe als Mitverwaltung, als Mitverantwortung oder Mitbestimmung, und schon hat man die gerechtfertigte Empörung und Ablehnung verhindert.

Die Konzeptionen der Schulen sind im Prinzip auch gleich. Voraussetzung ist ein Schulleben ohne Konflikte, ein harmonisches Modell, das an das Vertrauen von Schülern zu ihren Lehrern appelliert. Da findet man entzückende Bilder, wie z.B. in der Oldenburger Hauszeitschrift der SMV "Wir machen mit": die Schule "ist so etwas wie ein Garten jungen Lebens mit froh und bunt zum Licht strebenden Blumen und Blüten, liebevoll betreut von sorgenden Gärtnereihänden." (Das ist Ernst!)

Hier nun wird spätestens deutlich, daß die SMV keine Interessen vertreten soll und kann. Was sie soll, findet man in großen Lettern über dem Berliner Schülerparlament: "Lebe anständig," "Anständig", d.h. Lehrern und Eltern unbedingt gehorchen, keine Meinung haben und vertreten, erst älter werden und "Lebenserfahrung" sammeln, "etwas werden".

Das Resultat der Erziehung ist dementsprechend erschreckend, weil den Schülern das verwehrt wird, was eine Demokratie ausmacht. So ermittelte das Frankfurter Institut für Sozialforschung 1966 bei einer Untersuchung folgendes: Nur 49% der Oberschüler glauben, daß eine Diktatur ihr Leben verändern würde. Bei den Volksschülern sind es nur 39%. Von den Jugendlichen zwischen 16 und 26 Jahren, ermittelte Emnid im gleichen Jahr, daß hier nur 15% der Auffassung sind, "Politik sollte man in Parteien, Verbänden, Schule und Beruf praktisch anwenden".

Das Versagen der Schule ist allzu deutlich. Gründe sind weniger die schlechten Geschichts- und Gemeinschaftskunstabücher als das System: die autoritäre Schulstruktur.

Es gibt Pädagogen, die das voraussagten und analysierten. Der Studienrat Felix Messerschmidt schreibt: "Was taugt aller sozialkundlicher Unterricht, wenn diejenige Sozietät (Gemeinschaftskreis), welcher der junge Mensch in seinen wichtigsten Jahren zugehört, nach ganz anderen Grundsätzen geordnet ist als diejenigen, die wir ihm als Leitbilder einer freiheitlichen Rechtsordnung, als Gesellschaft und Staat vorstellen."

Was nützt es dem Schüler, wenn er weiß, was die Bundesversammlung bedeutet, wenn er in einer Ordnung lebt, die ganz oder vornehmlich aus antidemokratischen Grundsätzen auf-

gebaut ist. Der Jugendliche muß die Prinzipien der Demokratie praktizieren lernen und nicht ihre Formalien von jeder Praxis losgelöst.

Dazu freilich ist eine radikale Änderung der Schulstruktur notwendig, die noch aus feudalistischen Zeiten stammt. In der Weimarer Zeit war sie wie bei Bismarck. Hitler brauchte sie nicht zu ändern und die BRD übernahm sie: die hierarchische Ordnung. Oben steht der Minister und befehlt. Die Schulaufsichtsbehörde gibt die Befehle weiter, die Lehrer gehorchen, die Schüler fügen sich wegen ihrer Abhängigkeit.

Autorität muß legitim sein, d.h. sie muß auf intellektueller Redlichkeit und Überzeugungskraft begründet sein. In diesem System geht die Autorität einher mit dem Herrschaftsanspruch. Was dem Pädagogen an legitimer Autorität fehlt, kompensiert er durch undemokratische institutionell administrative Autorität.

Wir stellen fest: ein totalitäres Schulsystem, das den Schüler zum Objekt macht, steht dem Anspruch auf ein demokratisches mit dem Schüler als Subjekt gegenüber. Das Ergebnis ist nicht der Staatsbürger, sondern der Untertan, der Biertischpolitiker, der sagt "die da oben", wenn er seine Regierung meint. - Das Schulsystem muß in Bezug auf die Gesellschaft betrachtet werden: wo einer Freiheit und Demokratie fordert, da fordert er sie für alle Lebensbereiche. Denn die Freiheit ist unteilbar.

II.

Dieses Land hat eine lange Geschichte. Diese Geschichte ist keine der Demokratie, sondern der Antidemokratie. Die Führer waren geneigt, mit allen möglichen Mitteln, ihre persönliche Macht auszubauen. Eugen Gerstenmaier, bekannt wegen seiner "demokratischen" Äußerungen, Aspirant für das Bundespräsidentenamt, verzichtet auf jede Tarnung: "Es ist eindrucksvoll zu sehen, wie sehr von verschiedenen Standpunkten aus derselbe Ruf ergeht nach Führerschaft und Autorität." Herr Gerstenmaier scheint von Demokratie nicht mehr begriffen zu haben als ein Adolf v. Thadden. Um mit Franz Josef Strauß zu sprechen: "Wer Opposition betreibt, beschmutzt unser eigenes Nest." Student und Intellektueller ist heute schon wieder ein Schimpfwort. Proklamiert wird dazu noch die "formierte Gesellschaft", deren Ziel es nach R. Opitz ist, den Staat "wieder zu einer der Gesellschaft übergeordneten Instanz zu machen." Unser derzeitiger Bundeskanzler Kiesinger sagte über die Volksbewegung gegen die Wiederaufrüstung: "Soweit es sich um derart komplizierte Fragenkomplexe handelt, sei die Macht des Volkes nicht zur Mitentscheidung kompetent."

Dieselben Führer bringen dann sofort die Formel von der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, für die sie sich ja so einsetzten.

In diesem autoritären Herrschaftssystem liegt die Ursache für die totalitäre Schulstruktur.

III.

Dieser hierarchischen Schulstruktur entsprechen die autoritären Unterrichtsmethoden. Nach erziehungspsychologischen Untersuchungen (Prof. Tausch, Hamburg) geben 89% der Lehrer einen autokratischen Unterricht. In einer Schulstunde geben sie durchschnittlich 51 Anweisungen. In der gleichen Zeit stellen die Schüler 3 Fragen. In einer Schulstunde redet der Lehrer 2.000 Worte, mit 1.000 Worten nehmen die insgesamt 20 Schüler am Unterricht teil. - Eigentlich müßten diese empirischen Ermittlungen die Pädagogen erschüttern. Dennoch halten 78% der Lehrer die Unterrichtsaktivität der Schüler für doppelt so groß wie ihre eigene. In Wirklichkeit jedoch ist die Lehreraktivität 17mal größer als die der Schüler im Unterricht.

So kann Prof. Wolfgang C. Müller mit Recht behaupten: Die Schüler "lernen in der Schule ja nicht nur das ABC und das große Einmaleins; die linken Nebenflüsse des Rheins und Einsteins Energie-Masse-Formel, sie lernen auch meist - wort- und sprachlos - am Verhalten ihrer Lehrer, wie in diesem Land Mächtige mit Machtlosen, Mündige mit Unmündigen, Vorgesetzte mit Untertanen umgehen. Sie lernen häufig, sich zu beugen und anzupassen; sie lernen, daß individuelle Unterwerfung erfolgreicher ist als kollektiver Protest; sie lernen, daß man besser untertaucht."

Die Lehrer müssen endlich begreifen lernen, daß ein Sieg der Schüler über den Lehrer zuweilen besser sein kann als der Unterricht über die Aufgaben des Bundesrates oder der Besuch an der Mauer.

IV.

Das "Aktionszentrum Unabhängiger Sozialistischer Schüler" (AUSS) hat sich drei Aufgaben gestellt:

1. Themenkreise, die aus der Schule verbannt bleiben, sollen besprochen und diskutiert werden;
2. Kritik an der Schule soll erarbeitet, artikuliert und mit Kompetenz vertreten werden;
3. die Gegenschule soll in ihrer Organisation Alternativen zum herkömmlichen Unterrichtsbetrieb bieten.

Nicht nur der AUSS ist sich der Machtlosigkeit der Schüler bewußt geworden. So schlagen in Niedersachsen die SMV und der "Arbeitskreis Schule" folgendes Modell vor: an der Spitze steht ein Gremium, besetzt mit 5 Lehrern und 5 Schülern; die Verwaltungsaufgaben nimmt ein Beamter wahr.

Echte Demokratie wird es erst innerhalb der Gesamtschule (organisatorische Einheit von Volks-, Berufs-, Mittel- und Oberschule) geben. Das Ziel dieser Schule muß eine maximale Durchlässigkeit sein. Zwecks Aufhebung der milieubedingten Chancenungleichheit wird die Einführung der Ganztagschule unumgänglich sein (5Tage-Woche). Weiterhin müßte das bisherige Fächersystem abgeschafft werden, da es nur eine Fülle von disparaten Kenntnissen vermittelt, aber den Einblick in die Zusammenhänge verwehrt.

Deshalb fordert der AUSS:

1. Einschränkung der Pflichtfächer
2. Polytechnischen Unterricht
3. Ein Projektsystem mit
 - a) Lernkursen (Fremdsprachen, Mathematik usw.)
 - b) Colloquien (Literatur, Ökonomie, Soziologie, Psychologie, Geschichte usw.)
 - c) Experimentiergruppen, Seminare, Arbeitskreise
 - d) einem Rollentausch des Lehrers. Er soll ein der Wissenschaft verpflichteter Berater und Koordinator und ein sachverständiger Arrangeur von Lernprozessen sein.

nach Hans-Jürgen Hang: "Kann die SMV die Interessen der Schüler vertreten?"

erschienen in: "Blätter für deutsche und internationale Politik" Nr. 12/1967, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln

AUSS - Bergedorf
Hamburg-Neuengamme
Kirchwerder Landweg 2
(alte Schule bei der
"Schiefen Brücke")